

Sitze in Ortsbeiräten: Der Kommentar von Herrn Pistorius zu seiner Berichterstattung im TV vom 27.08.13 „Sitze in Ortsbeiräten sollen wegfallen“ verdient (meine) unumschränkte Zustimmung. - Als ich vor zwei Tagen durch den Ortsvorsteher die Kurzversion einer Diskussionsvorlage für den Ortsbeirat in Kürenz erhielt, dachte ich – kurz irritiert - gleiches: „Eine Arbeitsgruppe soll die Ortsbeiräte stärken und schlägt in ihrer ersten Sitzung deren Verkleinerung vor. Das ist keine Satire, sondern politische Realität in Trier“ (TV, 27.08.13), kommentiert der TV-Redakteur Pistorius treffend. Er urteilt richtig: Eine Verkleinerung der Ortsbeiratssitze in den einzelnen Stadtteilen würde „mit Sicherheit nicht dazu beitragen, die Rolle der Ortsbeiräte zu stärken“ (TV, ebd.). Genauso ist es! –

Allerdings wird man sich nun fragen müssen, wie es zu dieser merkwürdigen Einschätzung dieses Gremiums überhaupt hat kommen können?

Die Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, nachdem die Diskussionen um den „Heiligkreuzer Brandbrief“ Ende des letzten Jahres 2012 und zu Beginn des jetzigen Jahres 2013 hohe Wellen schlugen (vgl. meine Artikel weiter unten). Selbst eine empirische Kleinstudie wurde von Studentinnen des Fachbereichs Politik zur Zukunft der Ortsbeiräte durchgeführt und öffentlich diskutiert (vgl. weiter unten). Hier liegt aber auch das Problem.

Es scheint mir nämlich, als ob das städtische Gremium mehr über die „Thesen der Ministudie“ nachgedacht habe als über das Anliegen der 50 parteiübergreifenden Ortsbeiräte aus den verschiedenen Trierer Stadtteilen, die sich Anfang des Jahres in Heiligkreuz zu einem Meinungsaustausch getroffen hatten, um die Entscheidungskompetenzen der Ortsbeiräte auszuweiten. Es waren die – vor allem – größeren Parteien, die durch die Ministudie bestärkt, plötzlich befürchteten, bei der nächsten Kommunalwahl im Jahr 2014 nicht mehr genügend Kandidatinnen aus den eigenen Reihen rekrutieren zu können. Sie sorgten sich um ihre eigenen Eitelkeiten, um nicht mit unvollständigen, lückenhaften Listen in die Wahl ziehen zu müssen, wie weiland die Linke mit ihren paar Listenplätzen 2009. Dieser Status-Horror der ehemals bürgerlichen Großparteien wird die benannten Mitglieder dieses städtischen Gremiums in Wahrheit umhergetrieben haben. Vergessen ist da der eigentliche Anlass zur Konstituierung dieses Arbeitsgremiums, nämlich die Rolle der Ortsbeiräte zu stärken und ihre Entscheidungskompetenzen auszuweiten. –

Diesen Umstand, der jetzt dazu geführt hat, dass das Gremium sich – ohne Widerstand - für eine Reduzierung der Ortsbeiräte entschieden hat, hätte man sich aber auch schon an allen zehn Fingern abzählen können, wenn man sich die Besetzung desselben ansieht: Neben den im Stadtrat vertretenen Parteien wurde zusätzlich ein gewählter Ortsvorsteher dieser Partei beauftragt, an der Beratung teilzunehmen. Als Vertreterin des Stadtvorstandes wurde zudem die bekennende „Anti-Ortsbeiratsbefürworterin“ Frau Kaes-Torichani auserkoren, die nach eigener Darstellung notfalls auch gut ohne Ortsbeiräte politisch auskommen könnte. – Wer wundert sich denn da noch, ob dieses Ergebnisses? Denn auch unter den verschiedenen Ortsvorsteherinnen der Stadtteile in Trier gibt es durchaus keinen Konsens, ob die Forderungen der „50 Rebellen“ geteilt werden sollen – oder nicht. Das vorliegende Ergebnis zeigt nun eindeutig, dass vielleicht überhaupt kein Befürworter der Heiligkreuzer Reformen in dem städtischen Gremium anwesend war.

Aus diesem Grunde teile ich auch nicht das mögliche Szenario der Ministudie der Trierer Politikstudentinnen, die u.a. auch eine „Stärkung des Ortsvorstehers“ ins Kalkül genommen hatten. Das wäre zu viel Einzelmacht für eine Person, die u.U. nicht ihrer Parteizugehörigkeit abstrahieren kann. Ein Beispiel für diesen Spagat bietet der Oberbürgermeister Triers, der nach seinen eigenen

Angaben seine SPD-Mitgliedschaft ruhen lassen wollte.

Mit anderen Worten: Eine Reduzierung der Sitze in den einzelnen Ortsbeiräten spielt nur den überkommenen Parteistrukturen der bürgerlichen Großparteien in die Hände, die nach eigenen Befürchtungen, die während der Vorstellung der Ministudie im Humboldt-Gymnasium zahlreich und eindringlich geschildert wurden, besorgt darüber sind, bei kommenden Wahl keine vollständigen Listen einreichen zu können, wodurch offenkundig würde, dass sie als Volksparteien erheblich an Einfluss verloren hätten.

Genau dies muss aber – paradoxerweise - passieren, wenn Kommunalpolitik in Trier wieder Zukunftsfähig werden soll.

Die einzelnen Ortsbeiratsmitglieder dürfen sich nicht von scheinbar übergeordneten, parteipolitischen Kalkülen in ihrer Entscheidung für die Belange ihres Stadtteiles beeinflussen lassen, die darauf ausgelegt sind, dass sich im Zweifelsfall nichts für den Stadtteil zum Besseren bewegt – wenn nicht sogar „aus denselben übergeordneten Gründen“ Verschlechterungen der Situation vor Ort vermeintlich in Kauf genommen werden müssen.

Diesen Konflikt kann man sehr gut an denjenigen Ortsbeiratsmitgliedern feststellen, die neben ihrem Ortsbeiratsmandat auch noch im Stadtrat sitzen, der letztendlich die politischen Entscheidungen verbindlich trifft. Häufig wird dann im Ortsbeirat anders abgestimmt als im Stadtrat, wobei die Leute ihre Schultern zucken und behaupten: „Da kann man nichts machen!“ (Gerty Spies: Was ist des Unschuldigen Schuld – wo beginnt sie?) – Dieser Schluss ist aber falsch! Man kann sehr wohl etwas machen, wenn nicht die auf Konkurrenz basierenden Profilierungs- und Abgrenzungsneurosen der politischen Parteien, die eigentlich nur den demokratischen Willen der Bürger/innen unterstützen (sic!), aber nicht abgehoben von den Bedürfnissen der Bürger/innen festlegen sollen, sich um ihrer eigenen Selbsterhaltung willen eben nicht um politische Konsense kümmern. Beispiele: Siehe oben. Statt für eine Stärkung mündiger der Ortsbeiräte zu stimmen, wird eine Reduzierung auf Bedeutungs- und Belanglosigkeiten gewünscht. –

So sei es: Die Wahlschlappen machen Wahlschlappen!

Meine Konsequenz:

Ich werde auf der nächsten Ortsbeiratssitzung in Kürenz einen eigenen Antrag einbringen, in dem ich zusätzlich zu der zu wählenden – je nach Konzept auch verschiedenen - Anzahl der Ortsbeiratsmitglieder/innen die Schaffung eines „virtuellen Ortsbeirats“ einfordere. Dieser „virtuelle Ortsbeirat“ soll in Form eines Bürgerforums im Internet – ähnlich wie beim „Bürgerhaushalt“ und wie derzeit beim „Kulturblog“ – die Meinungen der interessierten Bevölkerung zu abzustimmenden Verwaltungsvorlagen in die Diskussion mit einbringen und mit einer Stimme vertreten. Wenn es verschiedenen „Parteien“ möglich ist, eigene Ortsbeiräte zu stellen, warum dann nicht auch einer „virtuellen“ Bürgerschaft per Internetvotum? Was im Stadtrat erfolgreich praktiziert wird, sollte auch in den Ortsbeiräten nicht verhindert werden, um eine mögliche Bürger/innen-Nähe zu gewährleisten – auch jenseits der Parteien für all diejenigen, die sich zwar noch politisch engagieren, aber nicht parteipolitisch festlegen lassen möchten!

